

Den älteren Menschen ein würdevolles Alter ermöglichen

Liberaler lancieren Vorstösse zur Alterspolitik und fordern mehr Solidarität unter den Generationen

Von Markus Vogt

Basel. Die Basler Liberalen fordern mit vier parlamentarischen Vorstössen eine Alterspolitik, «die älteren und alten Menschen ein möglichst selbstständiges und würdiges Leben in unserer Gesellschaft ermöglicht». Diese Forderung erhebe sie auch für die heutige jüngere Generation, betont die Partei. Vieles werde in unserem Sozialstaat schon für ältere Menschen getan, doch es gebe Lücken, und hier setze die LDP an.

Grossrätin und Parteipräsidentin Patricia von Falkenstein will in der Arbeitswelt ansetzen. Leider sei es eine Tatsache, dass ältere Personen auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt seien. «Wer im Alter von ca. 50 Jahren die Stelle verliert, hat deutlich geringere Chancen als Jüngere, sich wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Wenige Jahre vor der Pensionierung ist es für die meisten überhaupt nicht mehr möglich, eine Stelle zu finden», stellt sie in ihrem Anzug fest.

Die Politik könne nicht zur Finanzierung der Vorsorgewerke ein höheres Rentenalter fordern und gleichzeitig zulassen, dass eine Stellenbewerbung für 55-Jährige praktisch aussichtslos sei. «Auch wenn es gewisse

gesetzliche Schwierigkeiten für die Anstellung älterer Personen gibt, muss diese unhaltbare Situation geändert werden», begründet sie ihren Vorstoss. Es dürfe im Kanton Basel-Stadt nicht sein, dass gut qualifizierte und leistungsbereite Arbeitskräfte von der Arbeitslosenversicherung und der Sozialhilfe abhängig werden und dadurch die Sozialkosten stetig ansteigen, findet sie weiter.

Hilfe bei der Stellensuche

Die Regierung soll nun prüfen und berichten, welche speziellen Massnahmen für den Bereich der kantonalen Verwaltung getroffen werden könnten, um die Benachteiligung älterer Personen beim Finden einer Stelle zu verringern, schlägt von Falkenstein konkret vor. Die Regierung soll auch berichten, ob und wie dieses wichtige Thema im Dialog mit der privaten Wirtschaft aufgenommen werden kann, mit dem Ziel, dass auch im privaten Sektor – auf freiwilliger Basis oder mit staatlichen Anreizen gefördert – ältere Personen bessere Chancen bekommen, eine Anstellung zu finden. Zu prüfen wäre schliesslich, ob als Reaktion auf die Masseneinwanderungs-Initiative eine Job-Börse für die Vermittlung erfahre-

ner, älterer Berufsleute im Verbund mit der Wirtschaft, ihren Verbänden und dem Kanton eingerichtet werden kann.

Gefragt sei Eigenverantwortung der Unternehmen und der öffentlichen Arbeitgeber, findet Patricia von Falkenstein. Die Kantonale Verwaltung als Arbeitgeber und die private Wirtschaft seien gleichermaßen gefordert.

Den Einsatz von Freiwilligen, die ehrenamtlich für Betagte, Pflegebedürftige sowie für Menschen mit einer Behinderung tätig sind, zu fördern, schlägt Grossrat André Auderset vor. Er sieht zum Beispiel Informationskampagnen, Einführungskurse oder Zusammenarbeit mit Organisationen, welche diese Arbeit bereits leisten oder zusätzlich leisten könnten. Er regt weiter an, die Bedürfnisse und Ansprüche potenzieller Empfänger solcher Leistungen präzise zu definieren. Und er fragt, welche Massnahmen dazu führen könnten, dass noch mehr Menschen in diesem Bereich Hilfe leisten.

Im Zivildienst Betagte pflegen

Der Anteil älterer Menschen in unserer Gesellschaft nehme ständig zu, die durchschnittliche Lebenserwartung steige an, und es sei als Zielsetzung richtig, dass alle möglichst lange ein selbst-

ständiges Leben führen können. Doch die Nachfrage werde angesichts der demografischen Entwicklung weiter ansteigen, weshalb es sinnvoll sei, mehr Frauen und Männer, «insbesondere auch jüngere», zu motivieren, sich ehrenamtlich für ältere pflegebedürftige Leute zu engagieren.

Mit einem Anzug fordert Grossrat Conradin Cramer die Konzentration des Einsatzes von Zivildienstleistenden auf die Betreuung, Assistenz und Pflege von Betagten und pflegebedürftigen Menschen sowie von Menschen mit einer Behinderung. Der Aufenthalt in einem Pflegeheim koste sehr viel, der Personalaufwand in Pflegeinstitutionen sei hoch, und die Lage auf dem Arbeitsmarkt in diesem Bereich werde durch die Masseneinwanderungs-Initiative stark erschwert, schreibt Cramer. «Es wird zunehmend schwierig, genügend Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu finden, um eine gute und würdige Betreuung und Pflege im Alter sicherzustellen», begründet Cramer seine Idee.

Vor diesem Hintergrund wäre es sinnvoll, wenn der Kanton Basel-Stadt den Einsatz von Zivildienstleistenden auf diesen Bereich konzentrieren würde. Dies sei mit dem Gesetz verein-

bar, und es konkurrenzieren den ersten Arbeitsmarkt nicht. Schliesslich könnten auch Kosten gesenkt werden. «Eine grössere Zahl von motivierten jungen Menschen würde für diese Mangelbereiche zur Verfügung stehen», erklärt Conradin Cramer.

Konzept für die Mobilität

Ein Konzept zur Förderung der Mobilität älterer Menschen fordert Grossrat Heiner Vischer in seinem Anzug. Zwar sei es das Ziel der Regierung, die Mobilität älterer Menschen zu fördern, so stehe es in der Broschüre Basel 55+. Trotz solcher und anderer Absichtsbekundungen sei es für die ältere Generation nicht einfach, sich selbstständig und sicher zu bewegen. Vischer nennt als Beispiele unter anderem das Tramfahren oder das Verkehrsverhalten von Auto- und Velofahrern.

Für eine Verbesserung der Situation brauche es zum einen geeignete Infrastrukturen und zum anderen eine Änderung des Verhaltens. Die möglichst hohe Selbstständigkeit bis ins hohe Alter entlaste zwar die Gesellschaft, sie bedinge aber das Beibehalten der Mobilität. Um diese sicherzustellen, brauche es eben ein Konzept zur Förderung der Mobilität der älteren Menschen.